Detailansicht des Regelungsvorhabens

Vereinfachung PSM-Zulassung und Behördenverschlankung

Aktuell seit 09.11.2026 12:22:50

Angegeben von:
Bernd Westphal (R007372) am 01.09.2026

Beschreibung:
Um besser auf den Klimawandel reagieren und um die nationale und europäische Lebensmittelversorgung sichern zu können, müssen Innovationen auch im Bereich Pflanzenschutz deutlich schneller in Anwendung kommen. Hierfür müssen Behörden und Gerichte stark entlastet werden. Ziel ist es, die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln deutlich effizienter, schneller und rechtssicherer werden. Analog zu anderen EU-Mitgliedsstaaten soll hierzu Analyse, Bewertung und Risikomanagement in einer souveränen Behörde gebündelt und Verfahrenshürden beseitigt werden.

Zu Regelungsentwurf

1. **Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:**
   Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes an unionsrechtliche Regelungen
   Datum des Referentenentwurfs: 12.06.2025
   Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (1)

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

PflSchMV 2013 [alle RV hierzu]

Aufträge zu diesem RV (1)

1. **Auftrag**

   Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group werden Gespräche mit
   Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern
   des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer
   Vielzahl von Themenfeldern, insbesondere für die Mandate Hitachi Energy AG, Daimler Truck AG, Alzchem Trostberg GmbH, SHS - Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA, Uniper SE, Exxon Mobil Central Europe Holding, Deutsche Post AG, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, Bayer AG, Roche Pharma AG und VTG GmbH geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln.

   Auftraggeber/-innen (1):

   1. **EUTOP Europe GmbH (EUTOP)**

   Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:
   Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt